

## „Polizeigewalt gab es nicht“ (Olaf Scholz)

Der Gipfel in Hamburg befügelte auch im Folgejahr die innenpolitische Debatte. Während der damalige Regierende Bürgermeister Hamburgs und jetzige Kanzler wider besserer Beweise die Staatsräson in die Worte kleidete: „Polizeigewalt gab es nicht“, war man im Protestlager bemüht, dem ein anderes Bild der Realität entgegenzusetzen. Der Arbeitskreis beteiligte sich an zwei Veranstaltungen, die das zum Inhalt hatten. Hier ist das Einladungsflugblatt zu einer Veranstaltung im IG Metall-Haus:

### Mach dir die Welt, wie sie dir gefällt!

Kann die neoliberale Weltordnung nur noch mit Gewalt durchgesetzt werden?



Jedes Jahr sitzen mit hohem finanziellem Aufwand die Politiker der „wichtigsten“ Staaten der Welt zusammen und reden darüber wie sie die Welt besser machen können – Ende November 2018 in Argentinien. Laut Veranstalter sollen die Themen dieser G20 Veranstaltung die Zukunft der Arbeit – Infrastruktur für Entwicklung – eine nachhaltige Lebensmittelfutur sein. Die Interessen der Menschen sollen also im Mittelpunkt stehen. Beschlüsse und ihre Umsetzung in der Vergangenheit sprechen aber eine andere Sprache:

Das neoliberale Wirtschaftsmodell vergrößert die Kluft zwischen den Armen und Reichen. Unermesslicher Reichtum auf der einen Seite, Armut, Hunger, Umwelterstörung und Kriege auf der anderen Seite. Selbst der Mittelstand in den Industrieländern schrumpft. Politiker wie Trump, Putin, Xi Jinping, Erdogan, Salvini, Söder, Macri und andere setzen ihre neoliberale Agenda immer mehr mit Gewalt durch.

Zum G20 in Buenos Aires wird nicht nur dort diskutiert und demonstriert, sondern auch in Berlin. Beim G20 Treffen im letzten Jahr in Hamburg wurde das Demonstrationsrecht gebeugt, im Anschluss daran das Polizeirecht verschärft. In Bayern protestierten demokratische Gruppen, auch der DGB, gegen das neue Polizeiaufgabengesetz. Auch in weiteren Bundesländern droht eine Verschärfung des Polizeirechts.

Wir, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV), Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V., (VDJ) und Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin (AKI), laden zu einer Veranstaltung ins IG Metall Haus ein.

Folgende Fragen stehen zur Diskussion:

Was sind die Ziele der G20 Treffen – wogegen richtet sich der Protest?

Was hat sich nach dem Gipfel in Hamburg verändert in Bezug auf das Versammlungsrecht/Polizeigesetze usw.?

Warum gehört das Thema in das Gewerkschaftshaus?

Diskutieren werden:

Gabriele Heinecke, RAV

David-S. Schumann, VDJ

Caroline Kim, Redakteurin Lateinamerika Nachrichten

Thomas Wüppesahl, Bundessprecher BAG Kritischer PolizistInnen

Am 23.11.2018 – 17.00 Uhr, Einlass ab 16.00 | IG Metall Haus, Alwin Brandes Saal (5. Stock)  
Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin



## Grenzüberschreitende Solidarität möglich?

Referent unserer Veranstaltung war Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

## #unteilbar

2019 gab es die letzte große Demonstration der Zivilgesellschaft für Demokratie, Solidarität und gegen das Vormarsch der Rechten, der Hoffnung auf eine starke Abwehrfront Nahrung gab. Wir waren mit Freuden und Trommeln dabei.

### Welche Chance hat grenzüberschreitende Solidarität der Beschäftigten in Europa ?

Aus Erfahrungen und Kämpfen gegen Unternehmenswillkür und -kalkül lernen!

Wieder rollt eine Welle von Betriebsschließungen und angedrohten Entlassungen über unsere Region,

- im Siemens Dynamowerk wurde mit der Verlagerung nach Tschechien gedroht,
- bei Ledvance, vormals Osram nach Asien,
- bei Infineon/Coriant, vormals Siemens-Nokia soll die Fertigung nach Thailand verlagert werden



Die Beschäftigten haben rechtlich keinen Einfluss auf die Unternehmensentscheidung. Es ist die Kapitalseite, die zur Maximierung ihrer Gewinne diese Entscheidungen treffen. Es sind wichtige Industriearbeitsplätze, die vernichtet werden.

Auch die Politik hat wenig Handlungsmöglichkeiten. Die Globalisierung ermöglicht einen weltweiten Wettlauf um niedrigste Produktionskosten. Der neoliberale Erfolg der letzten Jahrzehnte begrenzt die sozialen Handlungsmöglichkeiten des Staates und hatte zahlreiche Privatisierungen zur Folge, insb. in Bereichen der allgemeinen Daseinsvorsorge, wie Strom, Wasser, ärztlicher Versorgung oder kommunalem Wohnungsbau. Das zieht sich mit Dynamik durch ganz Europa.

Appelle „dass die Marktwirtschaft durch eine soziale Politik, sozialstaatliche Institutionen sowie starke Gewerkschaften ergänzt und korrigiert werden muss“, reichen da leider nicht aus.

- Was also ist zu tun?
- Wie kann das Soziale endlich im Projekt Europa verankert werden? – Wie können wir uns das Projekt Europa aneignen?
- Können die marktradikalen Strukturen, wie sie in den Verträgen von Maastricht und Lissabon festgelegt sind, verändert werden?
- Wie lässt sich standortübergreifend Solidarität der Arbeitnehmer organisieren?

Am 6. März haben wir die Möglichkeit mit Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und zuständig für Transnationale Gewerkschaftspolitik, darüber zu diskutieren. Wir laden dich herzlich ein zur Diskussion:

6. März 2019 um 18 Uhr, IG Metall Haus Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin – ( U6 Hallesches Tor)

V.i.S.d.Pr.: Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin

